

Editorial

Ein Auftakt ist gemacht. Erste Konturen der anstehenden EU-Agrarreform werden sichtbar. Der neue Agrarkommissar Dacian Cioloș hat Mitte November 2010 neue Leitlinien für die europäische Agrarpolitik ab 2014 vorgestellt. Erstmals war im Vorfeld die Zivilgesellschaft aufgefordert, ihrerseits Vorschläge für eine Neuausrichtung der Agrarpolitik zu machen. Die gute Nachricht vorweg: Vieles von dem, was die Verbände des Agrarbündnisses seit Jahren fordern, hat in die „Mitteilung“ der Brüsseler Kommission Eingang gefunden.

Landwirte sollen auch in Zukunft unterstützt werden, aber nicht pauschal. Abgesehen von einer Grundsicherung soll nur derjenige mehr bekommen, der auch mehr für die Gesellschaft leistet: durch eine besonders umweltschonende Bewirtschaftung seiner Äcker und Wiesen oder durch die Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem Land. Eine betriebliche Obergrenze soll vermeiden, dass – wie bisher – einige wenige Betriebe den Großteil der Agrarzuschwendungen abschöpfen. Profitieren sollen die kleinen Höfe, die mit ihrer bäuerlichen Wirtschaftsweise die Kulturlandschaft in Europa erhalten und pflegen.

Es geht um viel Geld. Mit 55 Milliarden Euro macht der Agrarbereich mehr als 40 Prozent des EU-Haushaltes aus. Und es ist alles andere als selbstverständlich, dass es dabei bleibt. Ab 2011 wird mehr denn je über die künftigen Finanzen der EU gestritten. Die Begehrlichkeiten der anderen Politikbereiche und ihrer Interessensgruppen sind groß. Die Strategie des Agrarkommissars (und aller, denen an der Landwirtschaft in Europa gelegen ist) kann daher nur sein, die Vergabe öffentlicher Gelder an die Schaffung öffentlicher Güter zu knüpfen. Nur so kann auf Dauer gewährleistet werden, dass die Bürgerinnen und Bürger in Europa die von ihnen finanzierte Landwirtschaft als einen Segen und nicht als Fluch begreifen.

Damit dies geschieht, muss die Kommission allerdings noch deutlich nachbessern: So ist zum Beispiel bei den Reformvorschlägen von der prekären Tierschutzsituation in den Ställen und der zunehmenden Industrialisierung der Tierhaltung nicht die Rede. Im Gegenteil: Auf Tierschutzauflagen, die über die aktuellen, aus Tierschutzsicht völlig unzureichenden gesetzlichen Bestimmungen hinausgehen, will die Kommission offenbar verzichten. Warum sollen die Subventionen nicht auch hier an strengere Kriterien geknüpft werden? Das würde die Akzeptanz der Agrarpolitik in der Öffentlichkeit deutlich erhöhen, denn Tierschutz ist den Bürgern der Europäischen Union, wie aktuelle Eurobarometer-Umfragen zeigen, ein wichtiges Anliegen.

Doch die Vorschläge sind nicht nur auf dem Tierschutz-Auge blind. Die zum Teil verheerenden Auswirkungen der

EU-Agrarpolitik auf arme Länder werden in dem Papier ebenfalls mit keiner Silbe erwähnt. Stattdessen singt die Kommission erneut das hohe Lied auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Agrarwirtschaft. Dass die EU der weltweit größte Exporteur von Agrarprodukten ist (von denen 70 Prozent in die Entwicklungs- und Schwellenländer gehen), daran soll und darf sich offenbar nichts ändern – auch wenn in den Ländern des Südens dadurch große Schäden angerichtet werden. Einheimische Kleinbauern und Nahrungsproduzenten haben kaum noch eine Chance gegen die hochsubventionierten EU-Exporte von Getreide, Fleisch und Milchprodukten. „Exportschlag Hunger“, so lautet der Titel eines Beitrags in diesem Agrarbericht, der sich mit den Opfern der europäischen Agrarpolitik beschäftigt (S. 82 ff.).

Mit der Bewertung der Reformideen aus Brüssel beschäftigen sich bereits zahlreiche Artikel dieses Agrarberichts. Trotz der genannten Defizite ist vorsichtiger Optimismus die allgemeine Grundstimmung – während Bundesregierung und Deutscher Bauernverband in ihrer Klientelpolitik verharren und phantasielos für ein „Weiter so!“ plädieren. Frankreich, das Land mit der größten Agrarfläche Europas, will seinen Besitzstand an Subventionen ebenfalls am liebsten wahren. Die Verbände des Agrarbündnisses stehen somit vor der schwierigen Aufgabe, die positiven Reformansätze des EU-Kommissars gegen seine Kritiker zu verteidigen und *zugleich* auf eine weitere Qualifizierung der Agrarförderung zu drängen. Kurzum: in Sachen Agrarreform liegen die „Mühen der Ebenen“ noch vor uns.

Optimistisch getönt waren auch die Berichte, die die Redaktion im Oktober aus dem japanischen Nagoya erhielt (S. 41 ff.). Dort fand im Internationalen Jahr der biologischen Vielfalt eine weitere Vertragsstaatenkonferenz statt, auf der es um die Sicherung der biologischen Vielfalt ging. Nach dem Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen war man auf das Schlimmste gefasst. Umso größer die Überraschung, dass sich die Staaten am Ende doch noch auf verbindliche Ziele geeinigt haben: Neben einem völkerrechtlichen Protokoll, das der „Biopiraterie“ einen Riegel vorschoben und die Entwicklungsländer an der Nutzung ihrer biologischen Ressourcen durch den Norden (etwa bei Pharmazeutika) angemessen finanziell beteiligen soll, haben sich die Staaten darauf geeinigt, endlich das zu tun, was sie sich vor zehn Jahren bereits vorgenommen hatten: den Verlust an biologischer Vielfalt in der kommenden Dekade weltweit einzudämmen. Nun, mit der Wiederholung eines Versprechens ist es noch nicht eingelöst, aber immerhin: der politische Wille ist da.

Von der versprochenen und dringend benötigten „Trendwende“ sind wir beim Schutz der biologischen Vielfalt ebenso weit entfernt wie beim Klimaschutz. Das gilt nicht nur weltweit, sondern auch bei uns. Die Bundesregierung hatte sich vorgenommen, bis 2010 die Biodiversitätsverluste in Deutschland nicht nur zu mindern, sondern zu stoppen. Für die Konferenz in Nagoya wollte man die Bilanz dieser Bemühungen veröffentlichen, ließ die Studie jedoch lieber zunächst in der Schublade. Denn die Bilanz fällt beschämend aus, wie in diesem Agrarbericht nachzulesen ist (S. 179 ff.): *Kein einziges* der selbst gesetzten Schutzziele konnte erreicht werden.

Ein entscheidender Grund für dieses Versagen auf ganzer Linie liegt in der intensiven, chemiegestützten Landwirtschaft, deren ausgeräumte Äcker und Felder sich immer mehr zu lebensfeindlichen Räumen entwickeln. Kein Wunder, dass die Artenvielfalt in den Städten mittlerweile höher ist als auf dem Land. Die Vielfalt des Lebens verträgt sich offenbar nicht mit der Einfachheit dieser Art von Landwirtschaft.

Zunehmend überschaubar geht es auf den bewirtschafteten Flächen und in den Ställen zu: Nur wenige Pflanzensorten und auf Hochleistung getrimmte Tierassen haben eine Chance in der „modernen“ Landwirtschaft. Die Welternährung basiert heute zu einem Großteil auf nur zehn Kulturpflanzenarten. Woche für Woche stirbt auf dieser Erde mindestens eine Nutztierasse aus. Ein unwiederbringlicher Verlust von Kulturgut, aber auch von genetischen Potenzialen, die nicht zuletzt in Zeiten des Klimawandels und zunehmender Ressourcenknappheit für die Ernährungssicherung vieler Menschen von unschätzbare Bedeutung sein könnten.

Gründe genug, um im vorliegenden Agrarbericht der *Vielfalt* einen Themenschwerpunkt zu widmen. Allein 15 der 47 Beiträge beschäftigen sich mit Bedeutung, Bedrohung und Bewahrung von Vielfalt innerhalb der Landwirtschaft und durch die Landwirtschaft:

- Welche *Bedeutung* kommt der Vielfalt an Nutztierarten und -pflanzen zu, etwa bei der Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel und die Sicherung der Ernährung (S. 77 ff.)? Welche vielfältigen Wirtschaftstile entwickeln Bäuerinnen und Bauern als Antwort auf die heutigen Erwartungen an landwirtschaftliche Betriebe (S. 60 ff.)?
- Welche *Bedrohung* biologischer Vielfalt ergeben sich aus dem Einsatz von Pestiziden und der Intensivierung der Produktion (S. 126 ff.), dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen (S. 246 ff.) oder aus dem aktuellen Boom bei den Energiepflanzen (S. 131 ff.)?
- Welche Möglichkeiten der *Bewahrung* und Kultivierung von Vielfalt gibt es bei den Nutzpflanzen (S. 46 ff.), den alten Nutztierassen (S. 218 ff.) oder auch bei der regionalen Vielfalt von Lebensmitteln (S. 280 ff.)? Und

wie lässt sich durch ökologische und naturnahe Formen der Landbewirtschaftung ein hoher „Naturwert“ erhalten (S. 95 ff.)?

Neben der vertieften Behandlung der Vielfaltsthematik in jedem der elf Kapitel finden sich auch in diesem Jahr zahlreiche neue Perspektiven auf agrar- und ernährungspolitische Problemstellungen unserer Zeit. So etwa eine Analyse der Nahrungsmittel- und Rohstoffspekulationen an den Börsen und deren Auswirkungen auf Landwirtschaft und Ernährungssicherheit (S. 36 ff.). Anlässlich des 20. Jahrestags der Wiedervereinigung haben wir einen agrarhistorischen Beitrag über den „Sozialismus auf dem Lande“ und die Etappen der DDR-Landwirtschaftsentwicklung aufgenommen (S. 261 ff.) – ein Erbe der Kollektivierung und Industrialisierung von Landwirtschaft, das bis in die Gegenwart reicht.

Unser Dank gilt erneut den zahlreichen Autorinnen und Autoren aus dem In- und Ausland, die mit ihrer – im übrigen honorarfreien – Arbeit zu dem Gelingen dieses agrarpolitischen Jahrbuchs beigetragen haben. Dank gebührt auch den Stiftungen und Organisationen, die erneut die Arbeit am Kritischen Agrarbericht durch ihre finanzielle Unterstützung ermöglichen. Von dieser fachlichen wie finanziellen Vielfalt leben wir!

Für die Redaktion:

Manuel Schneider, Andrea Fink-Keßler,
Friedhelm Stodieck

Für den Vorstand des AgrarBündnis:

Heidrun Betz, Siegfried Jäckle, Friedrich Ostendorff,
Friedrich von Homeyer, Bernd Voss

München, im Dezember 2010

Die Redaktion in eigener Sache

Liebe(r) Leser(in), oder: Liebe LeserInnen, oder: ...

Wir müssen gestehen, dass uns keine der existierenden Formen einer konsequent „gendergerechten“ Sprache zusagt und sprachlich-ästhetisch überzeugt. Wir haben daher in diesem Agrarbericht nicht überall dort, wo es eigentlich angebracht wäre, die weibliche und männliche Sprachform verwendet. Wir bitten dies zu entschuldigen – und sind für kreative Vorschläge dankbar.